



Prüfbericht: Justiz und Inneres

Bulgarien, 22. – 24. Februar 2006

Themenschwerpunkt: Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Einführung

Dieser Bericht basiert auf einer einwöchigen Reise, die 21 Sitzungen/Besprechungen zum Themenkreis Kampf gegen die organisierte Kriminalität umfasste. Es wurde eine Vielzahl von Hintergrundmaterialien ausgehändigt; einiges davon auf Bulgarisch und einiges auf Englisch. Die Handouts wurden üblicherweise erst am Ende der Besprechung ausgeteilt. Dadurch ging dem Experten wertvolle Zeit durch das Anfertigen eigener Aufzeichnungen verloren. Zwei Besprechungen wurden durch eine Power-Point-Präsentation in englischer Sprache unterstützt, was sehr hilfreich war, auch wenn die Präsentation auf Bulgarisch gehalten wurde. Alle Besprechungen mussten gedolmetscht werden, selbst wenn manchmal deutlich erkennbar war, dass die bulgarischen Kollegen Englisch zumindest zu einem gewissen Grad beherrschten. Wegen der besonderen Thematik mussten die Verdolmetschungen sehr präzise sein. Dies war zuweilen nicht der Fall, was ebenfalls zu einer Verkürzung der wertvollen Untersuchungszeit führte. Der Experte musste seine Bewertung auf Informationen gründen, die ihm freiwillig bereitgestellt wurden. Dennoch stellt der Vergleich von 21 Besprechungen einen geeigneten Weg dar, Schwachstellen zu lokalisieren. Dem Experten ist aufgefallen, wie ähnlich viele der Besprechungen hinsichtlich der Anführung von Zahlen waren, die sogar genannt wurden, wenn keine wirkliche Notwendigkeit vorlag. In den meisten Fällen, wenn der Experte die vorbereiteten Vorträge unterbrach und nach weiteren oder anderen Informationen fragte, waren seine Amtskollegen sehr unwillig, diese herauszugeben und entgegneten manchmal sogar, dass es sich um Verschlussachen handele. Der Experte fragte beispielsweise bei verschiedenen Gelegenheiten nach der Gesamtzahl der Polizisten, die dem Innenministerium unterstehen sowie einer Übersicht über die Altersstruktur des Personals oder die unterschiedlichen Dienstgrade, um dadurch in der Lage zu sein, eine Einschätzung der Stellenbesetzung, Organisation, Entwicklung, Verrentung und Personalbeschaffung vornehmen zu können. Die Daten wurden schließlich bereitgestellt; einige wurden, nachdem der Experte nach Deutschland zurückgekehrt war, per E-Mail zugeschickt, andere wurden aufgrund ihrer Einstufung als geheim sogar persönlich nach Deutschland gebracht. Aus diesem Grund konnten diese Daten nicht in ausreichendem Maße besprochen werden. Dadurch ging ebenfalls wertvolle Zeit verloren und damit die Möglichkeit, das Thema eingehend zu besprechen. Dieses ganze Vorgehen schränkte die Effektivität der Sitzungen ein.

Darüber hinaus wurde der Experte nach seiner Rückkehr nach Deutschland durch den stellvertretenden Innenminister Kotzev telefonisch kontaktiert. Dieser bot jegliche erforderliche



Unterstützung an, einschließlich eines Besuchs in Deutschland, um weitere Besprechungen durchzuführen.

Der Experte hatte die Gelegenheit, die Themen mit dem Innenminister und dem Generalstaatsanwalt Bulgariens zu diskutieren. Alle anderen Sitzungen/Besprechungen wurden von den Leitern der jeweiligen Abteilungen durchgeführt. Dies und die Dienstgrade der Kollegen in den Sitzungen zeigten, welche Bedeutung die bulgarische Seite den Sitzungen beimaß. Die Bemühungen der bulgarischen Seite werden sehr geschätzt.

Die 34-jährige Berufserfahrung des Experten bei der deutschen Polizei schließt kriminalpolizeiliche Ermittlungen gegen die organisierte Kriminalität auf nationaler und internationaler Ebene ein, darunter auch Einsätze gegen die organisierte Kriminalität auf nationaler und internationaler Ebene, die die Grundlage für diese Arbeit darstellten. Der Experte ist gemäß der Europol-Standards für operative und strategische Analysen zertifiziert. Aufgrund der fünfjährigen Tätigkeit an der deutschen Botschaft in Washington (USA) verfügt der Experte über gute Kenntnisse der englischen Sprache. Durch die Ernennung zum Sprecher des „Conseil Européen des Syndicats de Police“ (C.E.S.P.) für europäische Angelegenheiten ist sich der Experte der Probleme bewusst, die auf Länder zukommen können, die sich im EU-Beitrittsprozess befinden.

Aufbau des Berichts

Der Experte wird lediglich die einschlägigen Punkte aus den 21 Sitzungen ansprechen. Der Experte schloss einige unlängst erschienene Medienberichte ein, die in Zusammenhang mit dem Gegenstand der Überprüfung stehen. Sie veranschaulichen die Kluft zwischen dem, was als Strafverfolgungsstandards vorgestellt wurde, und den offenbar weiterhin bestehenden Problemen. Darüber hinaus stellen sie einen Indikator für die Wahrnehmung der bulgarischen Öffentlichkeit in dieser Hinsicht dar. Am Ende des Berichts wird der Experte versuchen, die Ergebnisse zusammenzufassen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

Die neue Generaldirektion Polizei

Die Konzentration der Polizei beim Ministerium für Inneres (*Ministry of Interior – Mol*) in einer Generaldirektion Polizei scheint der richtige professionelle Ansatz für Bulgarien zu sein. Dieser wird die Möglichkeit zur Bündelung von Ressourcen und Bemühungen bieten. So werden circa 37.000 Angehörige des Nationalen Polizeidienstes (*National Police Service - NPS*) (2.600 operativ), 9.500 Angehörige der Grenzpolizei (400 operativ), 2.000 Angehörige der Gendarmerie und des Nationalen Dienstes zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (*National Service Counter Organized Crime -*



NSCOC) zusammengefasst. In Anbetracht der Daten zur Verbrechensrate, die durch unterschiedliche Datenbanken bereitgestellt werden konnten, scheint die Anzahl der Polizeibeamten pro Bürger ausreichend zu sein.

Verhaltenskodex

Die Umsetzung des Verhaltenskodexes scheint ein großer Schritt in die richtige Richtung zu sein. Verschiedene Nichtregierungsorganisationen waren Teil einer Arbeitsgruppe, die zur Entwicklung beitrug. Dieser Kodex beinhaltet 100 Vorschriften zur Gewährleistung eines professionellen und ethischen Verhaltens der Polizei. Der Verhaltenskodex muss von allen Mitarbeitern unterzeichnet werden. Darüber hinaus sind für die Angehörigen der Nationalen Polizei (*National Police*) Seminare obligatorisch, und Polizeiethik ist Teil der Grundausbildung. Im Rahmen des neuen Mol-Gesetzes können im Falle eines Verstoßes gegen diese Vorschrift disziplinarische Maßnahmen ergriffen werden. Der Verhaltenskodex und das neue Mol-Gesetz werden im Internet veröffentlicht (Internet/Government Gazette). Der Nationale Polizeidienst hat darüber hinaus die Antikorruptionspolitik des Innenministeriums umgesetzt.

Innenministerium im Kampf gegen Korruption

Das Mol hat ein Projekt zur Bekämpfung von Korruption und Fehlverhalten der Polizei umgesetzt. Im Rahmen dieses Projektes werden an jeden Polizeibeamten Informationsbroschüren ausgehändigt, die zehn Prinzipien des ethischen Verhaltens beinhalten.

Des Weiteren wurden zwei Telefonnummern eingerichtet (eine interne innerhalb des Mol und eine für die Öffentlichkeit), über die Beschwerden anonym eingereicht werden können. Um das Programm zu fördern, rief das Innenministerium außerdem die Webseite noccors.mvg.bg ins Leben. In allen Polizeigebäuden des Landes wurden Plakate aufgehängt.

Daraufhin gingen beim Innenministerium, das ungefähr 60.000 Mitarbeiter beschäftigt, insgesamt 276 Hinweise ein. Als Konsequenz wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

- * in 43 Fällen disziplinarische Geldstrafen
- * in 84 Fällen weitere disziplinarische Maßnahmen
- * in 22 Fällen administrative Geldstrafen

36 Fälle wurden an das Militärgericht verwiesen, was für sieben Angehörige des Mol Untersuchungshaft zur Folge hatte.



Das Programm beginnt Wirkung zu zeigen Die Zahl der im Jahr 2005 zu verzeichnenden Hinweise in Höhe von 276 scheint ziemlich niedrig zu sein. Im Rahmen dieses Programms müssen daher alle hochrangigen Mitarbeiter der Nationalen Polizei ein Formular ausfüllen, um einen jährlichen Bericht über den Eingang von Hinweisen zu erstellen. Diese Formulare werden von ihren Vorgesetzten überprüft.

Hafteinrichtungen

2004 rief die Nationale Polizei das Projekt „unabhängige Besuche in polizeilichen Arresteinrichtungen in Sofia“ ins Leben. Die Einbeziehung von Bürgern in eine derartige Untersuchung ist ein geeigneter Weg zur Schaffung weiterer Transparenz und Akzeptanz. Als Ergebnis dieser Bemühung wurde übereinstimmend festgestellt, dass die meisten dieser Einrichtungen bezüglich der Arrestzellen, der Befragungs- und Besuchsräume sowie in den Hygienebereichen verbessert werden müssen. Der NPS beendete kürzlich seine Bewertung von 151 unterschiedlichen Gefangeneneneinrichtungen. Die Verbesserung wird durch die Umsetzung eines Dreiphasen-Projektplans, der im Rahmen von PHARE finanziert wird, erzielt werden. Während eines Besuchs der 9. und 6. Polizeiwache konnte der Experte einen persönlichen Eindruck von der Situation gewinnen. Die Ergebnisse dieses Prüfberichts untermauern die Notwendigkeit von Verbesserungen in diesem Bereich.

Konzept bürgernahe Polizei (*Community Policing*)

Der Ansatz der bürgernahen Polizei wird landesweit in jedem Bezirk der Nationalen Polizei umgesetzt. Es handelt sich hierbei um ein Konzept zur Verbesserung der Polizeiarbeit durch eine regelmäßige Erstellung von Berichten. Dies scheint ein geeigneter Weg, um die Bemühungen der Nationalen Polizei hinsichtlich ihrer Annäherung an ihre Bürger zu überprüfen. Diese Vorgehensweise steht in Einklang mit europäischen Standards.

Die Auswirkungen der neuen Strafprozessordnung (*Penal Procedure Code - PPC*) auf die Verbesserung der Polizeiarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Bei fast allen Besprechungen wurde dem Experten mitgeteilt, dass damit gerechnet wird, dass die neue PPC und das Mol-Gesetz große Auswirkungen auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität haben werden. Dadurch werden wesentlich bessere Arbeitsbedingungen geschaffen. Die Instrumente Zeugenschutz, verdeckte Vollzeitermittler, kontrollierte Lieferungen, kontrollierte Käufe und Telefonüberwachung werden die Chancen im Kampf gegen die organisierte Kriminalität erheblich verbessern. Der Experte war erstaunt, wie wenige Schulungen erforderlich sein werden, um die Mitarbeiter im Bereich Strafverfolgung mit diesen neuen Instrumenten vertraut zu machen. Da die Mehrzahl dieser Instrumente bereits seit 1997 zur Informationsgewinnung verwendet werden konnte,



waren die Beamten überwiegend damit vertraut. Der Unterschied scheint darin zu liegen, dass die Informationen, die im Rahmen der neuen Strafprozessordnung gewonnen werden, direkt in einem Fall verwendet und somit als Beweis vor Gericht vorgelegt werden können. Die neue Situation wird die Arbeit der Polizei erleichtern, allerdings war die Bekämpfung der organisierten Kriminalität mit den Instrumenten von 1997 bereits zuvor möglich gewesen. Dies wurde aber nicht in ausreichender Weise getan. Die Auffassung des Experten wurde von dem neu ernannten Generalstaatsanwalt, Herrn Boris Velchev, geteilt, der während des Treffens mit dem Experten bemerkte, dass es für ihn in seiner früheren Funktion als Präsidentenberater überraschend war zu erfahren, dass Kinder im Kindergarten die wichtigsten Größen der organisierten Kriminalität benennen konnten, während die Polizei Schwierigkeiten hatte, ihre Hauptzielpersonen zu identifizieren. Die bulgarischen Kollegen wiesen gelegentlich darauf hin, dass die neue PPC eventuell von den Anwälten der Kriminellen beeinflusst worden sein könnte. Eine der großen Schwächen wird sein, dass eine Verurteilung nicht ausschließlich auf anonymen Zeugenaussagen oder verdeckten Ermittlern beruhen darf. Dies könnte sich als Hürde für effiziente Ermittlungen herausstellen.

Neben den Bemühungen, die rechtliche Seite zu verbessern, werden auch organisatorische Veränderungen vorgenommen. Die Bündelung der Ermittlungsfähigkeiten in den Rängen der Doznatel und die Umstrukturierung der Staatsanwaltschaften soll hierbei der Verbesserung der Qualität strafrechtlicher Ermittlungen dienen, verbunden mit dem klaren Ziel, vermehrt Anklagen und Verurteilungen krimineller Elemente zu erreichen. Diese Bemühung orientiert sich an früheren EU-Empfehlungen. Dadurch wird die Anzahl von Polizeiangehörigen mit Ermittlungsbefugnis von 10.000 auf 2.000 verringert. Die landesweite Anwendung könnte sich aufgrund der Rechtslage als Problem herausstellen. Die Doznatel müssen sich an jeden Tatort begeben. Nach Angaben des stellvertretenden Innenministers Kotzev wurde das Thema in der Nationalversammlung angesprochen. Es wurde übereinstimmend beschlossen, die gegenwärtige Situation um ein Jahr zu verlängern. Eine abschließende Entscheidung wird auf Basis der Leistungsindikatoren zur Bewertung der neuen Vorschriften der Strafprozessordnung getroffen. Der Verlauf der organisatorischen Verbesserungen scheint bereits weit fortgeschritten zu sein, wobei dies natürlich mit Problemen einhergeht, die in einer derartigen Übergangsphase immer auftreten.

Doznatel

Das Organigramm des Nationalen Polizeidienstes zeigt eine Gesamtzahl von 2.000 Stellen für Doznatel, von denen 1.750 bereits besetzt sind. Bisher wurden 1.450 Mitarbeiter extern angeworben und weitere 300 Einstellungsverfahren laufen. Von diesen 1.450 Mitarbeitern wurden 50 % bereits geschult, die anderen 50 % werden ihre Schulung im Mai 2006 abschließen. Die bereitgestellten



Informationen zeigten, dass das Verhältnis von externen Rekruten zu Polizeikadetten bei 60:40 lag. Die Altersbegrenzung für den Eintritt liegt bei 40 Jahren. Bei der Schulung wird der berufliche Hintergrund berücksichtigt. Die Aufspaltung der Altersstruktur durch die bulgarische Seite zeigt, dass ungefähr 90 % der Mitarbeiter tatsächlich jünger als 40 Jahre sind, wobei 55 % aus dieser Gruppe jünger als 30 Jahre sind. Durch die Anwerbung konnte das Signal eines Neuanfangs mit neuen Mitarbeitern, die gemäß der neuen Richtlinien ausgebildet werden, gesetzt werden. Die Stellenbesetzung wird im Rahmen eines Bewertungsverfahrens durchgeführt. Was die übrigen offenen Stellen betrifft, versucht der NPS, Personal aus dem Nationalen Ermittlungsdienst (*National Investigation Service – NIS; Sledovateli*) zu rekrutieren. Mit diesen Einstellungen versucht der Nationale Polizeidienst die bestehende Lücke zwischen 1.450 und 2.000 zu füllen. Auf der einen Seite kann dies zur Erweiterung des beruflichen Fachwissens führen, auf der anderen Seite wurde der NIS aber aufgrund erwiesener Ineffektivität entscheidend verkleinert. Diese Personalbeschaffung könnte bestehende Probleme auf den neuen organisatorischen Ansatz übertragen und den erwarteten Nutzen verringern.

Das Arbeitspensum von anzunehmenden 300.000 Fällen pro Jahr bedeutet für den Doznatel eine Arbeitsbelastung von 150 Fällen pro Jahr. Dies könnte für die 2.000 Doznateli eine hohe Fallzahl darstellen, insbesondere da bislang erst 1.450 Mitarbeiter rekrutiert wurden.

Sledovateli

Aufgrund der Umstrukturierung des Justizwesens wird der frühere Rang des ermittelnden Magistrats (Sledovateli) des Nationalen Ermittlungsdienstes erheblich verdichtet. Zukünftig werden sie für lediglich 1 % der strafrechtlichen Ermittlungen zuständig sein, dazu gehört die Bedrohung der Staatssicherheit. Durch die Verkleinerung der Gruppe der Sledovateli wird Personal freigesetzt, das sich dann als Richter, Staatsanwalt und Doznatel bewerben oder die staatliche Anstellung aufgeben kann.

Vorgehen beim Übergang von alten zu neuen Fällen

Neue kriminalpolizeiliche Ermittlungen werden ausschließlich von den Doznateli eröffnet, alte Fälle verbleiben bei den jeweiligen Stellen und werden dort abgeschlossen. Dieser Ansatz wird schließlich zum erwarteten Ergebnis der Bündelung von Ermittlungskapazitäten zur Verbesserung der Standards führen.



Staatsanwaltschaft

Zeitgleich wird eine Reform der Staatsanwaltschaft durchgeführt, um sie effizienter zu gestalten. In der neuen Strafprozessordnung wird eindeutig eine führende Rolle der Staatsanwaltschaft festgelegt. Während der Besprechung des Experten mit dem Obersten Kassationsgericht war eine gewisse Abneigung spürbar, dies zu akzeptieren. Die neue Rolle der Staatsanwaltschaft, hauptsächlich Menschen ins Gefängnis zu bringen, scheint außerdem einige Bedenken hervorzurufen. Die staatsanwaltschaftliche Ermittlungsstruktur wird abgeschafft. Die neue Rolle und die rechtlichen Anforderungen des überprüfenden Staatsanwalts, die es zuvor bereits gab – allerdings eher als eine Möglichkeit, Fälle zu überwachen – werden die Arbeitssituation verändern. Lediglich der Militärstaatsanwalt verfügt weiterhin über seine eigene Ermittlungsgruppe. Die unerlässliche enge Zusammenarbeit mit den Doznetel muss ebenfalls ausgebaut werden. Der Staatsanwalt wird zukünftig innerhalb von 24 Stunden über Ermittlungen informiert werden, sobald das Verfahren beginnt. Der Staatsanwalt übernimmt dann die leitende Rolle. Die Staatsanwaltschaften haben keinen direkten Zugang zu Polizeidatenbanken, können dies aber durch die enge Zusammenarbeit mit den Doznetel kompensieren. Für die Ermittlung kann der Staatsanwalt ein Team von Ermittlern aus unterschiedlichen Behörden zusammenstellen – hierbei handelt es sich um das so genannte Teamwork-Prinzip. Alle Fälle müssen nun überwacht werden, was die Arbeitsbelastung erhöht. Aufgrund des erhöhten Arbeitspensums verstärkt die Staatsanwaltschaft gerade ihre Personaldecke. Zurzeit gibt es 1.291 Staatsanwälte sowie 1.056 weitere Mitarbeiter. Mit der geplanten Einstellung von ungefähr 480 ehemaligen Sledovatel aus dem Personal des Nationalen Ermittlungsdienstes soll eine Gesamtzahl von 1.761 Staatsanwälten erreicht werden.

Ähnlich wie bei den Doznetel könnte diese Personalbeschaffung existierende Probleme auf den neuen organisatorischen Ansatz übertragen und den erwarteten Nutzen verringern.

In der Anfangsphase des Inkrafttretens der Strafprozessordnung wird die Staatsanwaltschaft durch den Überprüfungsmechanismus verpflichtet, über 48 Indikatoren zu berichten. Es besteht weiterhin die Möglichkeit, einen Staatsanwalt zu ersetzen, wenn seine Leistung bei einer Ermittlung nicht ausreichend ist. Dieses Kontrollprinzip würde die Fallarbeit verbessern. Von den 300.000 Fällen im vergangenen Jahr wurden 1.080 (= 0,47 %) in Verbindung zur organisierten Kriminalität gebracht. Jede Abteilung verfügt über eine Liste mit Fällen, wobei der Abteilungsleiter über die Verteilung der Fälle entscheidet.



Auch mit Einführung der neuen PPC wird es den ermittelnden Beamten nicht möglich sein, vor Gericht als Zeuge aufzutreten. Dies ist eine ziemlich einzigartige rechtliche Konstruktion. Insbesondere bei komplexen Ermittlungen im Bereich der organisierten Kriminalität ist in anderen Ländern die Aussage eines ermittelnden Beamten bei der Anhörung vor Gericht von großer Bedeutung.

Vorverfahren

Mit der guten Zielsetzung, Verfahren zu beschleunigen, wurden in der neuen Strafprozessordnung bestimmte Fristen für Ermittlungen festgelegt, die die Ermittlungsverfahren grundsätzlich auf ein Maximum von zwei Jahren beschränken. Eine Verlängerung kann ausschließlich durch den Generalstaatsanwalt gewährt werden. Wirft man einen Blick auf umfangreiche Ermittlungen, könnte sich diese Begrenzung als wirkliches Hindernis herausstellen. Diese Ansicht des Experten wurde von den Vertretern der Staatsanwaltschaften sowie den Kollegen beim Nationalen Dienst zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität geteilt.

Wie groß die Auswirkungen der neuen Strafprozessordnung und des Mol-Gesetzes auf die Verbesserung der Polizeiarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität wirklich sein wird, werden zukünftige Überprüfungen und Statistiken zeigen.

Nationaler Dienst zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Die Zuständigkeiten des NSCOC sind im Gesetz über das Innenministerium, Paragraph I, Artikel 89 und 90 festgelegt. Artikel 89: „Der Nationale Dienst zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität“ ist eine spezielle operative Polizei- und Ermittlungsbehörde des Innenministeriums zur Bekämpfung und Beseitigung krimineller Aktivitäten lokaler und internationaler krimineller Strukturen. Für den NSCOC arbeiten circa 600 Polizeibeamte, von denen 55 % Kriminalbeamte, 15 % Doznetel, 15 % Analysten und 15 % verdeckte Ermittler sind. Die analytische Arbeit wird mithilfe des I 2-Computerprogramms und des 4-mal-4-Evaluationssystems von Europol durchgeführt. Der NSCOC ist wie eine Direktion mit 28 regionalen Einheiten organisiert. Insgesamt wurden dem NSCOC 93 Stellen für Doznetel zugewiesen, 20 davon in der Direktion (6 sind noch offen = 33 %) und 73 in den Regionen (17 Einstellungen laufen = 24 %). Die Quote von Polizisten pro Bürger erscheint ausreichend. Der NSCOC arbeitet intensiv mit Informanten zusammen, die in einer landesweiten Datenbank registriert sind. 2005 konnte der Nationale Dienst zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität 233 Gruppen des organisierten Verbrechens mit insgesamt 1.074 Mitgliedern aufspüren. Der NSCOC ist in der Lage, ungefähr 10 bis 15 % dieser Zielgruppen aufzudecken. Da Ermittlungen zum Nachweis organisierter Kriminalität häufig umfangreiche Ressourcen über einen langen Zeitraum erfordern, werden Fälle in einzelne kriminalpolizeiliche Untersuchungen aufgeteilt. In diesem Zusammenhang



wurde dem Experten vom stellvertretenden Innenminister Kotzev mitgeteilt, dass der NSCOC keine Auftragsmorde untersucht, und dass dies von der lokalen Mordkommission durchgeführt wird. Die Fragen des Experten, wie die notwendigen Informationen gesammelt werden, um diese Straftaten mit Gruppen der organisierten Kriminalität in Verbindung zu bringen, blieben unbeantwortet.

Internetkriminalität

Seit der Änderung des bulgarischen Strafgesetzbuches (*Penal Code – PC*) und der Strafprozessordnung im Jahr 2002 ermöglicht der neue Abschnitt 9A über Computerkriminalität dem NSCOC Probleme anzugehen, die mit der Nutzung des Internets in Verbindung stehen. Der NSCOC hat erfolgreich eine enge Beziehung zu/Kooperation mit Providern aufgebaut, die es ihm ermöglicht, präventiv tätig zu werden und erfolgreiche Ermittlungen anzustoßen. Zitat: „Wir haben nicht zugelassen, dass das Internet in Bulgarien missbraucht wird.“ Der Nationale Dienst zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität arbeitete eng mit den internationalen Strafverfolgungsbehörden im Bereich „Phishing“, der Verbreitung von Kinderpornographie im Internet und Internetbetrug zusammen. Der Dienst war in der Lage, ein verlässliches Informantennetzwerk aufzubauen, das die notwendigen Informationen beschafft. Die erforderlichen rechtlichen Änderungen zur Harmonisierung mit der jüngsten EU-Entscheidung über Datenspeicherung werden vorbereitet.

Gefälschte Waren

Die bulgarische Gesetzgebung enthält Vorschriften zum Schutz des Urheberrechts. Neben dem NSCOC setzt die bulgarische Zollbehörde die Vorschriften mithilfe von 15 mobilen Zolleinheiten durch. Gefälschte Waren stammen hauptsächlich aus China, der Türkei und Dubai. Ein Bewusstsein für das Vorhandensein temporärer, mobiler Märkte gibt es überwiegend an zwei Orten – Sofia und einem offenen Markt nahe Dimitrovgrad. Abgesehen vom Schaden für die eingetragenen Warenzeichen führen diese Aktivitäten zu einer Verringerung der Einnahmen des bulgarischen Staates, zu unlauterem Wettbewerb auf dem Markt und zu abnehmendem Vertrauen der Verbraucher in die Qualität, Verlässlichkeit und den Preis des Produktes. Das ist die Theorie. In der Praxis ergreift der NSCOC lediglich Maßnahmen, wenn der Inhaber des Urheberrechts Beschwerde einlegt. Dann folgen polizeiliche Maßnahmen. Das geschieht nicht sehr häufig. Der Nationale Dienst zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität baut eine Datenbank auf, die den Prozess der Beschwerdeeinreichung und anschließende Maßnahmen beschleunigen kann. Das Ministerium für Patente, das Kulturministerium, der Zoll und das Innenministerium werden Zugang zu der Datenbank haben.

Der NSCOC scheint einen reaktiven Ansatz zu bevorzugen. Der Dienst führt keine unangemeldeten Razzien auf Märkten durch, um gefälschte Waren aus dem Verkehr zu ziehen, was eine Wirkung auf



Straftäter haben könnte. Der Grund dafür ist, dass sie nicht wissen, wo sie diese Waren lagern sollen, denn sie rechnen mit umfangreichen Beschlagnahmen. Dennoch wurden 2005 circa 372 Beschlagnahmen durchgeführt und eine Million Stück bzw. 14 Tonnen Waren beschlagnahmt. Dem Experten wurde mitgeteilt, dass der NSCOC den Verkauf gefälschter Waren nicht als Betrug betrachtet. Man scheint sich dort nicht der Tatsache bewusst zu sein, dass die Herstellung, der Transport und Schmuggel dieser Waren sowie ihre Verbreitung eine professionelle Struktur erfordert, ebenso wie illegale Aktivitäten an den Grenzen. Dies trifft auch auf Waren zu, die Bulgarien lediglich als Transitland und Tor nach Europa durchlaufen.

Geldfälschung bleibt in diesem Bereich ein wichtiges Thema, soll aber an anderer Stelle näher besprochen werden.

Drogenhandel/Geldwäsche

Bulgarien wird vom NSCOC als ein Tor für den Drogenhandel betrachtet – Designer- bzw. synthetische Drogen werden in Richtung Osten verbracht, während traditionelle Drogen nach Europa geliefert werden. Aufgrund der Nachfrage im Nahen Osten ist in Bulgarien ein Anstieg der Produktion synthetischer Drogen zu verzeichnen. Das Monitoring-Programm für Vorläuferchemikalien ist in Kraft, büßt allerdings an Effizienz ein, da die Straftäter die Fähigkeit entwickelt haben, Vorläuferstoffe lokal aus legalen Chemikalien herzustellen. Der lokale Konsum ist stabil. Die Droge der Wahl, abgesehen vom Alkohol, ist Marihuana, wobei eine Zigarette 80 – 90 Cent kostet. Der Straßenmarktpreis eines Gramms Kokain liegt bei 60 Euro, der einer Tablette Metamphetamin bei 8 – 10 Euro und der für vier Einheiten Heroin bei 15 Euro. Schätzungen gehen von 20.000 Heroinabhängigen aus. Das Gesundheitsministerium bietet acht Methadonprogramme an. Der NSCOC und der NPS konzentrieren sich auf die Prävention. Sie wenden sich direkt an Bürger, bei denen die Wahrscheinlichkeit eines zukünftigen Drogenkonsums hoch ist, indem sie die Strukturen für die bürgernahe Polizei nutzen. 2005 führte die Polizei 879 Einsätze in Schulen im ganzen Land durch.

Der NSCOC geht nicht davon aus, dass Drogentouristen aufgrund der niedrigen Preise für Marihuana und Heroin von Bulgarien angelockt werden. Der Dienst verzeichnet keine Drogentouristen von Bulgarien in die EU, die Designerdrogen und Kokain kaufen, um diese nach der Rückkehr nach Bulgarien mit großem Gewinn zu verkaufen. Die Frage ist, ob er sich mit diesem Problem überhaupt beschäftigt.



Auch wenn der lokale Markt für den Drogenkonsum zurzeit begrenzt sein mag, erfordert die Lage Bulgariens als Tor für den Drogenhandel nach Europa und in den Nahen und Fernen Osten professionelle Strukturen für Transport und Schmuggel sowie illegale Grenzaktivitäten.

Der NSCOC kann bisher gute Leistungen hinsichtlich der Teilnahme an internationalen Drogenermittlungen vorweisen. 2005 unterstützten sie sieben derartige Ermittlungen, einschließlich vier kontrollierte Lieferungen. Der NSCOC geht davon aus, dass er über ausreichend Ressourcen auf diesem Gebiet verfügt. Im November 2005 begannen Spezialschulungen zur Anwendung der neuen Vorschriften der Strafprozessordnung.

Der Experte war überrascht zu erfahren, dass der NSCOC keine kombinierten Drogen- und Geldwäschefälle hat. Es wurde ihm mitgeteilt, dass Geldwäsche in Verbindung mit Drogenhandel nicht bewiesen werden könne, da die meisten Transaktionen in bar erfolgten. Die EU verfügt dafür über die falschen Kategorien. Drogen könnten in Istanbul in bar bezahlt, durch Bulgarien transportiert und nach Europa geliefert werden. Was kann eine Ermittlung in Bulgarien also beweisen? Als der Experte empfahl, das Bargeld zu verfolgen, wurde diesem Ansatz nicht zugestimmt. Laut OLAF stehen bis zu 30 – 50 % aller verdächtigen Finanztransaktionen in Zusammenhang mit Drogenschmuggel.

Polizeilabor

Die Hauptkapazitäten des Nationalen Polizeidienstes für Laborarbeit in Bulgarien sind im RIFSC in Sofia konzentriert. Dort befinden sich sieben verschiedene Labore für unterschiedliche Betätigungsfelder. 28 forensische Labore im ganzen Land stellen landesweit Dienste bereit. 10 von ihnen verfügen über größere Kapazitäten und Spezialausrüstung. Die Gesamtzahl der Mitarbeiter liegt bei circa 1.000, von denen 440 Fachleute mit Universitätsabschluss, 340 untergeordnete Fachleute, 170 Kriminaltechniker, 30 Laborassistenten und 20 Odorologen sind. Die 170 Kriminaltechniker gehen an Tatorte im ganzen Land und führen 69.000 bis 75.000 Tatortuntersuchungen pro Jahr durch. Von jedem Verdächtigen werden Fingerabdrücke genommen und in das AFIS-System eingegeben, das von der Grenzpolizei für Kontrollen eingesehen werden kann. Die Gesamtzahl der registrierten Straftäter im AFIS-System liegt bei circa 260.000 bzw. +/- 3 % der bulgarischen Bevölkerung.

Das AFIS-System ist vollständig mit Interpol kompatibel. Die DNA-Datenbank wird entwickelt. Die Labore in Bulgarien führen ungefähr 4.000 technische Analysen pro Jahr durch, die meisten davon im Rahmen von Gerichtsverfahren.



Gesetz über die Beschlagnahme krimineller Vermögen

Dieses Gesetz wurde Februar 2005 verabschiedet und scheint den Verfahren in Deutschland sehr ähnlich zu sein. Es wird in Artikel 53 des Strafgesetzbuches als spezifische Sanktion mit möglichen Konsequenzen geregelt. Die Beschlagnahme muss von einem Gericht angeordnet werden. 2005 wurde das in 56 Fällen getan. Auch wenn dies vor Gericht angefochten wurde, hat sich dieses Instrument als stabil erwiesen. Beschlagnahmte Güter müssen in Zoll-Lagern oder auf Polizeirevieren gelagert werden. Hier scheint es eine Differenz zur tatsächlichen Situation zu geben. Vor einigen Wochen wurde ein Richter festgenommen, der ein beschlagnahmtes Auto fuhr.

Menschenhandel (*Trafficking in Human Beings – THB*)

THB wird als eines der größten Probleme im Bereich organisierte Kriminalität in Bulgarien betrachtet. Zahlreiche Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen in Europa widmen sich diesem Problem. Der Experte war überrascht zu erfahren, dass diese Wahrnehmung nicht von den Vertretern des Nationalen Dienstes zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität geteilt wurde. Sie wissen, dass Frauen aus Bulgarien einen Vorteil aus liberalen Regelungen in der EU ziehen, um ihren Lebensunterhalt mit Prostitution zu verdienen. Sie stammen aus sehr armen Regionen. „Die meisten Frauen wissen, was für eine Arbeit sie erwartet, und viele von ihnen haben bereits in Bulgarien als Prostituierte gearbeitet.

Sie erhalten Unterstützung, um nach Europa zu kommen. Dort vermeiden sie es länger als drei Monate an einem Ort zu bleiben und wechseln häufig das Aufenthaltsland. Sie beginnen, sich zu beschweren, wenn es Probleme in ihrem Zielland gibt.“ Diese Erklärung steht nicht in Einklang mit der Schwere der Straftaten.

Seit 2003 führt Bulgarien ein Schulungsprogramm über Menschenhandel durch. Ein Handbuch für Polizisten enthält Anweisungen, wie sie mit Fällen von Menschenhandel umgehen sollen. Das Innenministerium hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die unterschiedlichen beteiligten Behörden miteinander verbindet. Diese Gruppe trifft sich einmal im Monat und koordiniert Bemühungen, Informationen und Einsätze. Die Reintegration rückgeführter Frauen (2005 insgesamt 125) stellt sich als ein Problem heraus, da ihre soziale Situation in Bulgarien normalerweise die gleiche geblieben ist. Das Ministerium für Soziales startete kürzlich ein Programm zur Verbesserung der Situation von Frauen in Armut. Das Ziel ist die Schulung und Qualifizierung von 40.000 Frauen. Frauen, die in Bulgarien als Zeugen vor Gericht in Verfahren über Menschenhandel aussagen würden, hätten Anspruch auf Unterbringung im Zeugenschutzprogramm. Der NSCOC geht nicht von einer hoch entwickelten Organisationsstruktur im Bereich Menschenhandel aus. Bulgarische Straftäter sind im unteren und mittleren kriminellen Milieu zu finden, während im oberen Milieu Straftäter aus Albanien, der Türkei, der Ukraine oder Russland agieren. Die internationale Zusammenarbeit nimmt zu,



insbesondere mit Interpol, Europol und den Verbindungsoffizieren in Sofia. Bulgarien ist auch Mitglied der Südosteuropäischen Kooperationsinitiative (*Southeast European Cooperation Initiative – SECI*).

Der NSCOC trug zu einigen Analysedateien (*Analytical Working Files – AWF*) und einigen gemeinsamen Einsätzen mit Deutschland bei. 2004 wurden insgesamt 19 Amtshilfeersuchen bearbeitet. 2005 wurde in insgesamt 40 Fällen Amtshilfe geleistet. Vor kurzem begann eine Spezialeinheit des NPS/NBP (12/6) mit ihrer Arbeit im Bereich Menschenhandel.

Waffen

Der Nationale Polizeidienst ist für die Ausgabe von Waffenscheinen zuständig. Er verfügt über eine moderne und wachsende Datenbank über legale Waffen, die den europäischen Standards für Waffendatenbanken entspricht. Aus Sicht der Polizei sind Eigner von lizenzierten Waffen normalerweise nicht das Problem. Keine der Waffen, die bei einem Auftragsmord in der jüngsten Vergangenheit verwendet wurden, konnte in der Datenbank gefunden werden. Dies zeigt deutlich, dass illegale Waffen das Problem sind. Der Experte erfuhr, dass laut der Daten des Dienstes jedes Jahr 80 – 120 Waffen durch illegalen Handel aus Bulgarien ausgeführt werden. Diese Zahl ist viel zu niedrig. Die Lage Bulgariens als Tor für den Handel zwischen Europa und dem Nahen und Fernen Osten begünstigt geradezu illegale Transporte und Schmuggel durch professionelle Strukturen und illegale Grenzaktivitäten. Es war kein Ansatz erkennbar, wie der NSCOC Strukturen von GRUPPEN DER ORGANISIERTEN KRIMINALITÄT erkennen und bekämpfen will.

Zeugenschutz

Das Gesetz über den Zeugenschutz wurde 1997 in der Strafprozessordnung eingeführt. 2005 wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das die Umsetzung des anonymen Zeugenschutzes und physischen Schutzes des Zeugen und seiner Angehörigen regelt. 2005 wurden in 33 Fällen Schutzmechanismen eingesetzt. Es gibt praktische Probleme, professionellen Zeugenschutz in einem Land von der Größe und Bevölkerung Bulgariens zu gewährleisten. Die Staatsanwaltschaft versucht dieses Problem zu beheben.

Große Fälle im Bereich organisierte Kriminalität während der Erstellung des Berichts

a) Aushebung einer Geldfälscherstätte in Varna am Dienstag, dem 21. Februar 2005

Generalmajor Vanyo Tanov – Leiter des NSCOC – konnte der Besprechung mit dem Experten aufgrund eines laufenden Einsatzes nicht beiwohnen. Insgesamt wurden acht Orte durchsucht, einige Verhaftungen vorgenommen und 440.000 Euro in Form von 2.200 Zweihundert-Euro-Scheinen beschlagnahmt. Bis zu einem gewissen Grad war es überraschend, dass dieser Einsatz die Führung



durch den Leiter des NSCOC erforderte, wenn zeitgleich die letzte Überprüfung seiner Behörde durch die Europäische Kommission durchgeführt wurde. Dieser erfolgreiche Fall hätte ein sehr gutes Beispiel dafür sein können, wie Zielpersonen aufgespürt wurden, wie der Einsatz vorbereitet wurde und welche Instrumente in welchem Zeitraum eingesetzt wurden. Stattdessen erhielt der Experte nie mehr als lediglich Anfangsinformationen, die auch in den Nachrichten mitgeteilt wurden. Der Experte erhielt im Verlauf der Woche keine weiteren Informationen, was man hätte erwarten können.

Interessant war zu diesem Zeitpunkt allerdings, dass dieser erfolgreiche Einsatz in gewisser Hinsicht Innenminister Petkov widersprach, der dem Experten während eines früheren Treffens gegenüber sagte, dass in Bulgarien Geld nicht länger gefälscht werde. Bulgarien sei nur noch ein Transitland, da der Kampf gegen die Geldfälscher in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich gewesen sei.

b) Auftragsmord an Ivan Todorov „Der Arzt“ – einer hochrangigen Figur in der organisierten Kriminalität in Sofia am Mittwoch, dem 22. Februar

Der Experte befand sich gerade in einer Besprechung mit dem Leiter der Nachrichtenabteilung beim NSCOC, als der Mord am helllichten Tag im Zentrum Sofias geschah. Der Experte musste sich selbst und seinen Kollegen Informationen beschaffen, da sie keine bekamen. Der Experte erhielt danach keine zusätzlichen Informationen mehr über den Fall. Es wurde ihm später mitgeteilt, dass der NSCOC nicht für die Ermittlungen eines Auftragsmords im Bereich der organisierten Kriminalität zuständig sei, was in der Tat sehr erstaunlich ist. Wie kann sich die bulgarische Strafverfolgung ein Gesamtbild der organisierten Kriminalität machen, wenn solche Fälle, die eng mit diesem Bereich verbunden sind, nicht von der Behörde untersucht werden, die für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zuständig ist?

Schlagzeilen in den Medien zum Thema ernsthafte Probleme des Innenministeriums im Anschluss an den Bericht

a) Hilflosigkeit angesichts von Kriminalität führt zu einer absurden Situation, Dienstag, 28. Februar 2006, The Dnevnik Daily

Der jüngste Mord an Ivan Todorov ist für das bulgarische Innenministerium (Mol), die Ermittler und die Staatsanwälte aus einem wesentlichen Grund ein schwerer Schlag: Vor 5 Monaten wurden die Brüder Marguin und drei weitere Personen mit krimineller Vergangenheit aufgrund der Beschuldigung festgenommen, sie würden die Ermordung Ivan Todorovs, auch bekannt als „der Arzt“, planen, und die Staatsanwaltschaft hat die Anklageschrift fast fertig gestellt. Die Tatsache, dass Personen für die



Planung eines Mordes festgenommen wurden, deren Zielperson allerdings dennoch Opfer eines Anschlags wird, während sie hinter Gittern sitzen, kann zwei Dinge bedeuten. Erstens, das Innenministerium, das im Marguin-Fall mit dem Zeugenschutzprogramm beschäftigt war, hat die Realität außerhalb [des Gefängnisses] außer Acht gelassen und sich nicht einmal die Mühe gemacht, das Opfer vor einem geplanten Anschlag zu warnen. Wurde eine Überwachung angeordnet, wenn schon nicht aus anderen Gründen, dann doch wenigstens, um die Beweise gegen die Brüder Marguin zu belegen oder zu entkräften? Jeder Kriminologe würde bestätigen, dass dies die Grundlagen in diesem Geschäft sind. Man ist über die Reaktion des Innenministers entsetzt, der erklärt, dass er nicht wissen könne, ob einer seiner mehr als 60.000 Mitarbeiter ‚jemanden vor etwas‘ gewarnt habe. Der Ermittlungsleiter im Marguin-Fall spekulierte, dass in Anbetracht der Moral des Anwalts des Opfers, der behauptete, dass Ivan Todorov tatsächlich eine derartige Warnung erhalten hatte, man darauf vertrauen könne, dass der Ersterwähnte die Wahrheit sage. (Zweifellos hat der Innenminister an dem Fall gearbeitet und verfügt über Beweise, die der Schlüssel für die Beantwortung dieser Frage sind.) Die Ermittler stehen an erster Stelle, was die Absurdität ihrer Stellungnahmen angeht. Zunächst teilte der Leiter des Ermittlungsteams dem Bulgarischen Nationalen Fernsehen (*Bulgarian National Television*) mit, dass die Tatsache, dass die Brüder zum Zeitpunkt des Mordes hinter Gittern saßen, nicht bedeute, dass sie über ein Alibi verfügten! Der Leiter des Nationalen Ermittlungsdienstes, Anguel Alexandrov, sagte am Sonntag, dass „den Verhafteten leider hoch entwickelte Möglichkeiten der Kommunikation zur Verfügung stehen“ und er auch die Möglichkeit eines weiteren Mordanschlags nicht ausschließen könne. Er verwies auf den ehemaligen Innenminister, General Lyuben Gotzev, als nächstes Ziel, woraufhin der General lachend erwiderte, dass er keine Angst haben müsse, da ja Alexandrov die Lage im Griff habe. Die zweite plausible Erklärung geht aus der ersten hervor: Der Mord an Ivan Todorov war für das Innenministerium so ein schwerer Schlag durch die Unterwelt, dass es keine andere Wahl hatte, als die Anklage gegen die Brüder Marguin aufrechtzuerhalten. Jedes andere Szenario hätte die gemeinsamen Bemühungen der Polizeikräfte, Ermittlungsdienste und Staatsanwaltschaft zunichte gemacht. Daher wurde der Unsinn verbreitet, dass jeder einen Mord aus der Gefängniszelle heraus planen könnte. Wie ist es möglich, dass der Leiter des Nationalen Ermittlungsdienstes über vorsätzlichen Mord spricht, der aus einer Gefängniszelle heraus geplant wird, wenn die Kommunikation in der Untersuchungshaft ohne vorherige Genehmigung durch den Ermittler oder Staatsanwalt nicht erlaubt ist! Die am Kampf gegen die organisierte Kriminalität beteiligten zuständigen Gremien sind bereit, sich selbst und den Staat zu diskreditieren, indem sie die Macht der Mafia eingestehen, sogar über die Gefängniszellen hinaus. Der gleiche fehlerhafte Ansatz liegt dem Misserfolg im Kampf gegen die organisierte Kriminalität während der Übergangsphase zugrunde: Der Rückgriff auf Medien zur Unterstützung der Anklagebeschlüsse, um unter keinen Umständen Versagen eingestehen zu müssen. Daher erleben wir statt eines erfolgreichen scharfen



Vorgehens gegen Mafianetzwerke eifrig abgegebene, aber selbstgefällige oder inhaltlich unsinnige Erklärungen. Der Unsinn wird anhalten, da der Mord an Ivan Todorov die Inkompetenz der Mol-Dienste, Ermittler und Staatsanwaltschaft aufgedeckt hat und nun Anstrengungen unternommen werden, die Hinweise auf diese Inkompetenz zu verbergen. Auch wenn die Polizei die Überwachung von Ivan Todorov versäumt hat, fuhr eine halbe Stunde vor seiner Ermordung die Eskorte des türkischen Präsidenten, der zu Besuch war, die gleiche Straße entlang, was bedeutet, dass in dem Gebiet Polizeipatrouillen waren. Auch wenn sie vielleicht bereits Dienstschluss hatten, so ist der Boulevard Bulgarien die Straße, die am häufigsten von Regierungsfahrzeugen genutzt wird, und daher sind dort immer viele Polizeipatrouillen präsent. Es gab für den weißen Audi der Mörder keinen anderen Fluchtweg als die zwei belebtesten Hauptstraßen, und Dutzende Augenzeugen haben das Verbrechen beobachtet. Wenn man glaubt, dass die Polizei innerhalb von fünf Minuten mobilisiert werden kann und die Mörder gestellt werden können, dann hat man wohl zu viele Polizeifilme gesehen. Dies hat nichts mit der Realität in Bulgarien zu tun. Die unsinnigen Kommentare hochrangiger Mitarbeiter des Innenministeriums zielen an der Schwelle zum EU-Beitritt des Landes darauf ab, die deprimierendsten Tatsachen zu verschleiern: der Mangel an Routinearbeit, auch bekannt als professionelles Verhalten, Qualitätsmanagement und nicht zuletzt technische Unterstützung. Es ist eine traurige Tatsache, aber es wird immer deutlicher, dass die bulgarischen Sicherheitsdienste nicht in der Lage sind, ihre Arbeit zu machen, was von hochrangigen Mitarbeitern durch ununterbrochene Erklärungen kompensiert wird. Ich möchte mir nicht vorstellen, was passieren würde, wenn im Gerichtssaal weder die Ermittlung noch die Staatsanwaltschaft in der Lage wären, ein verständliches Motiv für den vorsätzlichen Mord, beispielsweise an General Lyuben Gotzev, zu präsentieren. Die berüchtigten geschützten Zeugen, die in anderen Verfahren wiederum Angeklagte sind, wären natürlich nur zu gern bereit, im Gegenzug für ihre Zeugenaussagen gegen die Brüder Marguin eine Begnadigung auszuhandeln. Hier zeigt sich ein weiteres bedrohliches Versagen des Gerichtswesens.

b) Polizeiakten stehen in Bulgarien frei im Internet zum Herunterladen zur Verfügung, Dienstag, 7. März 2006

Medien warnten, dass politisch sensitive Polizeiunterlagen, einschließlich Ermittlungsberichte, Verhörprotokolle und Videos in Bulgarien frei zum Herunterladen zur Verfügung stehen. Unter Verwendung des *Peer-to-Peer File Sharing Programs DC++* luden Reporter der Tageszeitung Monitor in den vergangenen zwei Tagen circa 260 Polizeiakten herunter. Unter diesen Musikdateien des gemeinsam genutzten Verzeichnisses eines Nutzers Namens nAMnePCa, der sich auf dem DC.data.bg-Server eingewählt hatte, fanden Reporter Hunderte von Dateien aus diversen



Polizeiermittlungen. Abgesehen von der Verletzung der polizeilichen Vertraulichkeit, verletzt der freie Zugang zu solchen Dateien die Rechte der Bürger, die befragt wurden. Eine dieser Personen, die 42 Jahre alte Milena S., war bestürzt zu erfahren, dass eine Abschrift ihrer gesamten Befragung aus dem Jahr 2004, die sich mit ihrer Arbeit in einem Massagesalon befasste, zum Herunterladen frei zur Verfügung stand. „Ich bin bestürzt“, sagte sie der Zeitung. „Wie kann so etwas online zur Verfügung stehen?“ Die Frau gibt an, dass diese Zeit aus ihrem Leben längst vergessen sei und sie die Personen verklagen würde, die diese Daten offen zugänglich gemacht hätten. Der Nutzer, auf dessen Rechner diese Dateien alle gefunden wurden, behauptet, dass er keine Ahnung habe, wie sie dorthin gekommen seien. Mehrere Polizeichefs versprachen, der Sache nachzugehen. Durch eine offizielle Erklärung des Innenministeriums wurde den Medien Montagabend kurz mitgeteilt, dass es den Fall der Weitergabe nicht geheimer Informationen untersuchen würde.

Allgemeine Empfehlungen

- a) Da diese Überprüfung unter der Verdolmetschung litt, sollte die Europäische Kommission in Erwägung ziehen, ihre eigenen Dolmetscher zu verwenden, um die besten und verlässlichsten Ergebnisse zu erhalten.
- b) Der Experte sprach bereits das Problem des Projekt-Shoppings an. Das Ergebnis sind die bestehenden Flickwerklösungen. Um dieses Flickwerk funktionsfähig zu machen, sollte die Europäische Kommission ihrerseits für Kontinuität sorgen. Indikatoren für die Überwachung der Fortschritte müssen identifiziert und eingebunden werden. Die Bewertung des Prozesses könnte beispielsweise durch Europol/OLAF oder einen neutralen Beobachter vorgenommen werden.

Empfehlungen für den Nationalen Polizeidienst

- a) Der NPS muss volle Stärke erlangen und offene Stellen so schnell wie möglich besetzen.
- b) Der Einstellungs- und Beförderungsprozess sollte transparenter werden. Ein demokratischerer Prozess innerhalb des NPS wird bei der Ausbildung der Polizei als einem Verteidiger der demokratischen Rechte der Bürger förderlich sein. Im Gegensatz zu der übergroßen Mehrheit der EU-Länder gibt es in diesem Bereich keine Beteiligung der Gewerkschaften. Sie könnten die Umsetzung dessen gewährleisten, was der Verhaltenskodex für Angehörige des Innenministeriums mit Polizeifunktionen vorsieht: „Die Institution Polizei ist für jeden bulgarischen Bürger offen, der die Anforderungen der Gesetze und Statuten erfüllt. Bei der Auswahl der Bewerber darf es keine Diskriminierung geben.“ Die Befolgung dieser Empfehlungen könnte die Vetternwirtschaft erheblich verringern und junge Bulgaren dazu ermutigen, der Polizei beizutreten und ihrem Land zu dienen.
- c) Die übrigen offenen Stellen des NPS sollen mit Personal aus dem NIS besetzt werden, um die bestehende Lücke von 550 (2.000 – 1.450) zu füllen. Auf der einen Seite kann dies zur

Erweiterung des beruflichen Fachwissens führen, auf der anderen Seite wurde der NIS aber aufgrund erwiesener Ineffektivität erheblich verkleinert. Diese Personalbeschaffung könnte bestehende Probleme auf den neuen organisatorischen Ansatz übertragen und den erwarteten Nutzen verringern. Die Besetzung der offenen Stellen der Doznatel mit ehemaligen Sledovatel sollte eng mit objektiven Leistungsindikatoren verknüpft werden.

- d) Das Ergreifen disziplinarischer Maßnahmen bei Verstößen gegen den Verhaltenskodex ist ein richtiger Schritt. Aber die Position der Polizeibeamten sollte gestärkt werden, um solche Entscheidungen anfechten und von einer neutralen Institution bestätigen zu lassen.
- e) Das bereits eingeführte Berichtssystem für Beamte des NPS über ihr Einkommen ist ein sehr guter Anfang, um Transparenz zu schaffen und Korruption zu begegnen. Diese Daten sollten nicht innerhalb des NPS verbleiben. Von der Mol-Behörde, die für den Kampf gegen die Korruption zuständig ist, sollten zufällige Überprüfungen durchgeführt werden. Des Weiteren sollte dies für jeden NPS-Mitarbeiter obligatorisch werden. Der Experte empfiehlt auch die Offenlegung des möglichen Einkommens eines Polizisten. So können die Bürger einschätzen, ob der Lebensstil eines Polizisten mit dem Durchschnittseinkommen seines Rangs übereinstimmt.
- f) Der Experte erfuhr, dass der NPS für verschiedene Arten der Lizenzvergabe zuständig ist. Darunter fällt auch die Lizenzvergabe an private Sicherheitsfirmen und für Waffen. Es sollte genau überprüft werden, ob der Prozess der Lizenzvergabe anfällig für Korruption ist.
- g) In diesem Zusammenhang muss auch das Verfahren zur Genehmigung für die Verwendung von Blaulicht genau überprüft werden. Der Experte gewann den Eindruck, dass es in Sofia viele Fahrzeuge gibt, die mit Blaulicht umherfahren. Für den Normalbürger ist das Blaulicht ein Zeichen für Staatsgewalt. Daher muss die Verwendung auch staatlichen Vertretern vorbehalten sein. Der Experte erfuhr, dass Innenminister Petkov in seinen Anfangstagen als Minister sagte, dass er dieses Problem angehen wolle, weil er wisse, dass das Problem (in der Öffentlichkeit) deutlich sichtbar ist.

Empfehlungen für den Nationalen Dienst zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität

- a) Die zuvor genannten Empfehlungen für den NPS gelten umso mehr für den NSCOC, da diese Behörde für den Kampf gegen die organisierte Kriminalität zuständig ist.
- b) Betrachtet man das Organigramm der NSCOC-Direktion, scheint die Behörde unter Personalmangel zu leiden, auch wenn alle offenen Stellen besetzt wären, was hoffentlich bald der Fall ist. Es sollten aber weitere Stellen bereitgestellt werden.
- c) Der NSCOC sollte einen Ansatz entwickeln, wie er aktiv Ermittlungen bewirken, initiieren und durchführen kann.



- d) Auch wenn sich Bulgarien auf einigen Gebieten der Kriminalität mehr in ein Transitland verwandelt, erfordert Schmuggel professionelle Strukturen (Gruppen organisierter Kriminalität), um die bulgarischen Grenzen zu überqueren. Die Bündelung verschiedener Polizeidienste in einer Polizeidirektion war ein guter Schritt in Richtung Verbesserung der Strafverfolgungsarbeit in der Grenzregion. Der Zoll sollte ebenfalls daran beteiligt werden.
- e) Die Zuständigkeiten an der Grenze sollten gestrafft und falls erforderlich mehr Personal bereitgestellt werden.
- f) Ein möglicher Drogentourismus sollte ausgewertet werden.
- g) Der Ansatz, einzelne Straftaten zu untersuchen, die von Mitgliedern aus Gruppen der organisierten Kriminalität verübt werden, anstatt Ermittlungen gegen die gesamte Gruppe durchzuführen, ist inakzeptabel. Dies kann nur der letzte Ausweg sein, wenn alles andere erfolglos war. Der Prozess der Zielpersonenermittlung bei Gruppen organisierter Kriminalität sollte hier in Richtung mehr Professionalität angepasst werden.
- h) Gruppen organisierter Kriminalität verüben viele unterschiedliche Straftaten. Wenn sich der NSCOG lediglich einzelne Straftaten ansieht, geht der Blick für das Gesamtbild verloren. Ein aufgesplitterter Ermittlungsansatz unterminiert die Bestrebung, Fälle erfolgreich abzuschließen und sollte vermieden werden.
- i) Der NSCOG sollte an der Untersuchung von Auftragsmorden beteiligt, wenn nicht sogar die führende Behörde sein.
- j) Der NSCOG sollte im Bereich Drogenschmuggel und Geldwäsche seine Ermittlungsbemühungen erheblich verstärken.
- k) Gefängnisse und Arresteinrichtungen müssen frei von der „illegalen“ Verwendung von Mobiltelefonen sein. Die bulgarischen Behörden sollten in Betracht ziehen, technische Geräte zum Aufspüren dieser Telefone einzusetzen, um zu verhindern, dass Kriminelle Zugang zu dieser illegalen Kommunikation haben.
- l) Die mögliche Verfügbarkeit von Polizeiakten im Internet, die auf eine undichte Stelle (Korruption) oder technische Probleme bei der Polizei hindeuten, ist absolut inakzeptabel. Dies untergräbt die internationale Polizeikooperation und muss im eigenen Interesse Bulgariens vordringlich angegangen werden.

Empfehlungen mit Blick auf die neue Strafprozessordnung

- a) Die Verringerung der Anzahl der Polizeibeamten mit Ermittlungsbefugnis von 10.000 auf 2.000 ist vielleicht ein zu ehrgeiziges Ziel, was möglicherweise dem Gedanken der Gerechtigkeit schaden könnte. Das Ergebnis der Bewertung über einen Zeitraum eines Jahres nach Einführung sollte genau überprüft werden.



- b) Mit Blick auf die Regelung über die Dauer eines Ermittlungsprozesses (maximal 2 Jahre) sollte genau überprüft werden, ob dies nicht komplexe Ermittlungen im Bereich der organisierten Kriminalität behindern und eine Art „Amnestie-Effekt“ bewirken kann.
- c) Bislang wird die Verteilung der Strafsachen (wer erhält welche Ermittlungen) von den ranghohen Staatsanwälten vorgenommen. Dieses System sollte geändert werden, hin zu einem Zufallssystem, das jede Einflussnahme auf die Zuteilung der Fälle ausschließt.
- d) Kriminalpolizeiliche Ermittler haben nicht die Möglichkeit, vor Gericht als Zeugen aufzutreten. In den meisten anderen europäischen Ländern können sie als Zeugen aufgerufen werden, und es hat sich als entscheidend für den erfolgreichen Abschluss von Fällen herausgestellt, insbesondere auf dem Gebiet der internationalen organisierten Kriminalität. Die bestehenden Vorschriften sollten überprüft werden.
- e) Die Lagerungsstrategie bei beschlagnahmten Waren sollte überprüft werden. Schwachstellen, die zu den bereits erwähnten Fällen geführt haben, sollten identifiziert und notwendige Maßnahmen ergriffen werden.

Schlussfolgerungen

Der Experte war davon überrascht, dass sogar der Innenminister in seiner Begrüßung der Experten im Zusammenhang mit dem Comprehensive Monitoring Report (CMR) der EU vom 25. Oktober 2005 von einem „Weckruf, sprach. Seit Beginn des Beitrittsprozesses hätte ganz klar sein müssen, dass Bulgarien bestimmte Anforderungen, insbesondere im Bereich Justiz und Strafverfolgung, erfüllen muss. In vielen Bereichen wurden Projekte vorgestellt, die sich in einem Vorbereitungsstadium befinden, gerade begonnen wurden oder sich in einem Prozess der Umstrukturierung befinden. Dies führt zu einer schlechteren Bewertungsgrundlage hinsichtlich ihres Nutzens bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die neue Struktur der Nationalen Polizei, die den Willen widerspiegelt, sich auf Bemühungen im Bereich Strafverfolgung zu konzentrieren, sieht beispielsweise modern und effizient aus. Wird sie aber den Kampf gegen die organisierte Kriminalität erleichtern? Im Verfahren zur Angleichung an europäische Standards bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität wurden offensichtlich viele europäische Projekte über die besten Verfahren umgesetzt oder befinden sich im Stadium der Einführung, wie beispielsweise der Start des Zeugenschutzprogramms im Jahr 2005. Seine Effektivität muss aber noch bewiesen werden. Die alleinige Auswahl der besten Projekte gewährleistet noch nicht, dass das so erzielte Flickwerk an Lösungen verlässlich funktioniert. Zum Beispiel: Die Idee einer Datenbank über die Vergabe von Waffenlizenzen ist ein guter Ansatz, um die legalen Waffen auf dem Markt zu kontrollieren. Allerdings sind im Bereich Waffenhandel und Auftragsmorde illegale Waffen das Problem. Keine der Waffen, die bei einem Auftragsmord in der Vergangenheit verwendet wurde, fand sich in der Datenbank. Der Experte war noch erstaunter



darüber, dass bei der Besprechung mit dem Generalstaatsanwalt und seinem Stellvertreter, Herrn Manchev, im Zusammenhang mit dem aktuellen Auftragsmord in Sofia über die Gesamtzahl der Auftragsmorde diskutiert wurde. Die Europäische Kommission geht von 173 Auftragsmorden (inkl. Versuche) zwischen 1992 – 2005 aus. Herr Manchev zitierte eine Studie der Jahre 1999 – 2005 und führte an, dass lediglich 95 Auftragsmorde verübt worden seien. Diese Diskussion über die Zahl der Auftragsmorde ist nicht relevant. Allein die Tatsache, dass es über Jahre hinweg zu diesen Morden kam, stellt ein Problem dar. Das wesentlich größere Problem, das gelöst werden muss, ist aber, dass dies die Moral der Gesellschaft und der Polizei untergräbt. Das kann aber nur von Bulgarien allein angegangen und gelöst werden. Die Arbeitshaltung und das Engagement im Beruf bestimmen den Erfolg im Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Der NSCOC scheint eine reaktive anstelle einer aktiven Haltung zu haben. In vielen Gesprächen mit Kollegen wurde dem Experten mitgeteilt, dass man auf Hinweise warte. Insbesondere im Bereich organisierte Kriminalität erhält man nicht einmal von Opfern Hinweise, da diese Angst vor den Konsequenzen haben. Das Warten auf Hinweise reicht nicht aus, um erfolgreich zu sein. Während der Besprechungen mit dem NSCOC erwartete der Experte mehr Enthusiasmus und Engagement bei den neuen Ansätzen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die durch die Strafprozessordnung und das neue Mol-Gesetz geschaffen wurden. Manchmal schienen die Kollegen davon nicht überzeugt zu sein. Zitat: „Die Europäische Kommission hat das von uns verlangt.“ Es gab sogar Einwände gegen die Haltung der EU. Der NSCOC hat aber ebenfalls gezeigt, dass er mit modernen Strafverfolgungsinstrumenten arbeiten kann. Er war in der Lage, eine Vielzahl von Gruppen der organisierten Kriminalität und eine noch größere Anzahl an Mitgliedern zu identifizieren. Diese gesammelten Daten müssen bei der Zielpersonenermittlung zu einem transparenten und stabilen Prozess führen, der bewertet und angepasst werden kann. Nach Auffassung des Experten war das bisher in Bulgarien nicht der Fall. Die alleinige Feststellung der Zahlen reicht nicht aus. Der Experte erwartete von seinen Kollegen überzeugende Hinweise darauf, dass sie sich in die richtige Richtung bewegen und einen Gewinn für die Strafverfolgung in der EU darstellen. Die Besprechungen über Internetkriminalität und im Polizeilabor waren wesentlich besser und haben gezeigt, dass ein anderer Ansatz möglich ist. Die verbesserte Bilanz des NSCOC in Bezug auf die Unterstützung und Zusammenarbeit mit den internationalen Strafverfolgungsbehörden ist ermutigend.

Bericht von: Klaus Jansen, Bund Deutscher Kriminalbeamter
Rheinbach, Deutschland, März 2006